

# Skandal in Den Haag

*Von Raoul Wilsterer und Zoran Sergievski, Belgrad*

Skandal in Den Haag: Der Internationale Gerichtshof (IGH) erklärte am Donnerstag, daß die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008 nicht völkerrechtswidrig war. Er folgte damit der Position der USA und der Bundesrepublik Deutschland, die ab 1990 die Zerschlagung Jugoslawiens betrieben hatten – ab 1999 auch mit NATO-Angriffen auf serbisches Gebiet. Noch am Tag vor dem richtungsweisenden Haager Rechtsgutachten hatte die Obama-Administration der Regierung des Kosovo demonstrativ den Rücken gestärkt, als US-Vizepräsident Joseph Biden den Regierungschef der selbsternannten »Republik Kosovo«, Hashim Thaci, in Washington empfing.

Die gerichtliche Bestätigung eines mit kriegerischen Mitteln durchgesetzten Zustands durch das wichtigste Rechtsorgans der Vereinten Nationen dürfte nicht nur in den serbisch besiedelten Teilen des Kosovo und in Belgrad auf Widerstand stoßen, sondern auch international. Schließlich war vor knapp zwei Jahren eine Mehrheit in der UNO-Vollversammlung dem Antrag Serbiens gefolgt, ein Rechtsgutachten über die Abspaltung des Kosovo beim IGH in Auftrag zu geben. 77 Staaten stimmten bei 74 Enthaltungen zum Mißfallen Washingtons dafür, nur sechs dagegen, darunter die Vereinigten Staaten selbst und Kosovo.

Dementsprechend hatte vor allem die serbische Regierung am Donnerstag mindestens eine differenzierte Entscheidung des IGH erwartet. »Keine Grenze in der Welt und in der Region wäre sicher«, wenn das Gericht die Abspaltung des Kosovo unterstütze, erklärte Serbiens Außenminister Vuk Jeremic in Den Haag. Er selbst erwartete einen »langen und ausgeklügelten Text«, den es zunächst »vorsichtig zu analysieren« gelte. Tatsächlich dauerte die Verlesung des Rechtsgutachtens durch den IGH-Präsidenten Hisashi Owada am gestrigen Nachmittag etwa anderthalb Stunden. Dessen prowestliche Tendenz läßt allerdings für differenzierte Analysen wenig Raum.

Auch verschiedene »Experten« – so die Agentur AFP – irrten sich. Sie hatten erwartet, daß die Stellungnahme des IGH »sehr vorsichtig und möglicherweise mehrdeutig ausfallen« würde. Einerseits wollten die Richter keinen Präzedenzfall schaffen, der in anderen Gebieten der Erde zu einseitig verfaßten Unabhängigkeitserklärungen und Abspaltungen führen könnte, hieß es. Auch die Tatsache, daß ein Großteil der UNO-Mitglieder, darunter die Sicherheitsratsmitglieder Rußland und China, sich gegen die Unabhängigkeitserklärung ausgesprochen hatten, sollte für das UN-Organ eine Rolle spielen, so die Meinung im Vorfeld.

Sie alle täuschten sich: Der Westen dominiert offensichtlich auch den IGH. Er verfügt dort über ein größeres Gewicht als der »Rest der Welt«. Insofern könnte die völkerrechtlich einseitige Bewertung der Kosovo-Abspaltung zumindest auf UN-Ebene ein Nachspiel haben. Die nun vorgelegte IGH-Stellungnahme ist zwar rechtlich nicht bindend, doch trägt sie zur Stärkung des durch Kriegsgewalt durchgesetzten Status des Kosovo entscheidend bei. Bisher ist die selbsternannte »Republik« von 69 Staaten unter Führung der USA und der BRD anerkannt, doch befinden sich nach Auskünften aus der Kosovo-Metropole Pristina Dutzende weitere in Wartestellung.

Die nicht bestreitbare Position Belgrads, nach der Kosovo historisch gewachsen zu Serbien gehört, wird nunmehr gerichtlich bestritten. Ein durch Interventionskrieg durchgesetzter neuer Staat erhält Rückenwind.

*junge Welt, 23.07.2010*